Alles was Recht ist

Aufklärung vor einer Bauchdeckenplastik

Ein Gynäkologe musste sich vor dem Landgericht Saarbrücken verantworten. Ihm wurde vorgeworfen, seine Patientin vor Durchführung einer Bauchdeckenplastik nicht im erforderlichen Umfang aufgeklärt zu haben.

Die Patientin litt unter Rückenschmerzen und einer psychischen Belastung. Ihre Hausärztin hatte eine Fettschürze als Ursache ausgemacht und überwies die Patientin an den Gynäkologen. Dort klagte die Patientin über einen Hängebauch und wünschte eine Bauchdeckenplastik. Die Krankenkasse erkannte den geplanten Eingriff an. Die Patientin füllte den Aufklärungsbogen im Wartezimmer aus, beim nachfolgenden Gespräch im Sprechzimmer hatte der Gynäkologe den Aufklärungsbogen vor sich liegen. Der Inhalt des Gesprächs ist streitig. Vor dem Eingriff wurde eine Eigenblutspende durchgeführt. Nach dem Eingriff begann die Patientin am dritten postoperativen Tag wieder mit dem Rauchen. In weiterer Folge musste sie sich wegen einer Wundinfektion und wegen Wundheilungsstörungen mehrerer stationärer Aufenthalte unterziehen.

Die Patientin warf dem Gynäkologen eine fehlerhafte Aufklärung vor, die Aufklärung habe insbesondere den erhöhten Anforderungen bei einer kosmetischen Operation nicht entsprochen. Auch seien die mit dem Eingriff verbundenen Risiken nicht thematisiert worden. Man habe ihr lediglich mitgeteilt, dass „schon etwas passieren könne“. Der Gynäkologe habe sie auch nicht darauf hingewiesen, dass sie ihren Nikotinabusus einschränken müsse, um das Behandlungsziel zu erreichen.

So sah das Gericht den Fall:

Das Landgericht Saarbrücken hat – sachverständig beraten – Sorgfaltpflichtverstöße des Gynäkologen verneint (Urteil vom 09.10.2009, Az. 16 O 427/07). Für die Operation habe eine medizinische Indikation bestanden. Die

geklagten Beschwerden seien mit der Fettschürze in Verbindung gebracht worden. Auch habe die Krankenkasse den Fall anerkannt. Der Eingriff habe damit nicht vor allem ästhetischen Zielen gedient. Dementsprechend kämen die im Zusammenhang mit einer kosmetischen Operation anzulegenden erhöhten Maßstäbe an die Aufklärung nicht zur Anwendung.

Es liege auch eine ordnungsgemäße Risikoaufklärung vor. Risiken seien thematisiert worden, was sich schon daraus ergebe, dass der Patientin mitgeteilt worden sei, es „könne schon etwas passieren“. Darüber hinaus sei ihr zu einer Eigenblutspende geraten, und diese sei auch durchgeführt worden. Der Patientin müsse daher durchaus bewusst gewesen sein, dass eine risikoreichere Operation angestanden habe. Für eine entsprechende Aufklärung spreche auch der von der Patientin unterschriebene Aufklärungsbogen, den der Gynäkologe sodann im Sprechzimmer vor sich liegen hatte und in dem sich auch handschriftlich hervorgehobene Risiken befänden. Im Übrigen handle es sich bei den eingetretenen Risiken nicht um eingriffsspezifische, sondern um allgemeine Risiken, wie sie mit jedem operativen Eingriff verbunden seien. Diese dürften im Regelfall vom Arzt als dem Patienten bekannt vorausgesetzt werden.

Ferner liege auch kein Verstoß gegen die therapeutische Sicherungsaufklärung vor. Unstreitig habe die Patientin vor dem Eingriff das Rauchen eingestellt und erst am dritten postoperativen Tag wieder mit dem Rauchen begonnen. Dies lässt darauf schließen, dass sie auf die mit dem Rauchen verbundenen Risiken hingewiesen worden sei.

Dr. Patrick M. Lissel

... stellt unter „Alles was Recht ist“ gerichtliche Entscheidungen aus dem Bereich der Gynäkologie und Geburtshilfe vor.

Was bedeutet das Urteil für den klinischen Alltag?

Die Patientin erhob mehrere Vorwürfe. Dreh- und Angelpunkt war aber – wie häufig – die Frage der Aufklärung. Es ist nicht ungewöhnlich, dass sich Patienten nach einem Eingriff nicht mehr näher an die Aufklärung erinnern. So stehen sich bei einem Rechtsstreit häufig unterschiedliche Aussagen gegenüber. Umso wichtiger ist eine penible Dokumentation. Zur ordnungsgemäßen Aufklärung reicht der im Wartezimmer ausgefüllte Aufklärungsbogen freilich nicht, maßgeblich ist das persönliche Gespräch mit dem Arzt.

Die gegen die Entscheidung des Landgerichts Saarbrücken eingelegte Berufung hat die Patientin nach einem entsprechenden Hinweis des Saarländischen Oberlandesgerichts (Az.: 1 U 544/09-144) zurückgenommen.

Dr. Patrick M. Lissel, LL.M.
Rechtsanwalt und Fachanwalt für
Medizinrecht
Sozietät Dr. Rehborn
Ottostraße 1
80333 München